

Stellungnahme der IG Windkraft Zum Vorschlag der EK zur Änderung der Erneuerbaren-Richtlinie, Rev 1

18. Oktober 2017

Hiermit erlauben wir uns, zu den Änderungen in der Revision 1 der Europäischen Kommission zur Neufassung der Erneuerbaren-Richtlinie¹ zu nehmen und ersuchen um Berücksichtigung unserer Argumente in der österreichischen Position.

Bezug nehmend auf unsere Stellungnahme vom 2. Februar 2017 zu den Vorschlägen der EU Kommission zur zum Vorschlag der EU Kommission „Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the promotion of the use of energy from renewable sources; COM(2016) 767 final“ (siehe Anhang) möchten wir folgende Punkte ergänzen:

- Auch in diesem Vorschlag ist weiterhin nicht berücksichtigt, dass die Erreichung des Pariser Zieles, aber auch die Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele der europäischen Union nicht mit dem bereits 2014 von der Kommission vorgeschlagenen Ziel für erneuerbare Energien von 27% bis 2030 kompatibel ist. Insbesondere ohne ein ambitioniertes Ziel wird es für Länder wie Österreich weiterhin schwierig sein, einen auf erneuerbaren Energien aufbauenden Kraftwerkspark am Markt zu betreiben.
- Die enge Verzahnung mit der Governance Richtlinie erfordert außerdem ein hohes Maß an Konsistenz in den unterschiedlichen Vorschlägen. Insbesondere der in der Governance Richtlinie vorgesehene Zeitplan muss auch in der RED II in Bezug mit möglichst frühzeitig absehbaren Zieltrajektorien hinterlegt werden. Andernfalls werden Investitionen nicht ausreichend planbar möglich sein
- Durch die mangelnde Berücksichtigung energiewirtschaftlicher und energiepolitischer Rahmenbedingungen wie etwa dem für den Strommarkt derzeit ausschlaggebenden CO2 Preis oder deutlicher Förderung nuklearer oder fossiler Kraftwerke (etwa in Großbritannien, Frankreich, Finnland, Ungarn, Polen und Deutschland) ist absehbar, dass in der Periode 2020 bis 2030 kein maßgeblich durch erneuerbare Energien dominierter Strommarkt sondern ein hybrider Strommarkt vorherrschen wird, der durch unterschiedliche Politikmaßnahmen beeinflusst wird. Um das Zielmodell eines vorrangig erneuerbar dominierten Strommarktes zu erreichen sind zur langfristigen Absicherung der energiewirtschaftlich notwendigen Investitionen für eine Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit entsprechende Bedingungen zu formulieren. Dies greift sowohl in die vorliegende RED II als auch in die Energiebinnenmarktverordnung und –richtlinie ein.
- Die Aufgabe des eindeutigen Vorrangs erneuerbarer Energien und die Aufteilung auf andere Bereiche des Clean Energy Packages ist grundsätzlich zu Hinterfragen. Eine Konkretisierung zum Verständnis des Vorrangs in der Marktdesign Verordnung ist sinnvoll, allerdings ist die grundsätzliche und vor allem bedingungslose Aufgabe des Einspeisevorrangs fragwürdig und hinsichtlich der ausbleibenden Marktpreissignale am Strommarkt der verfügbaren Strompreisprognosen gefährdend für den wirtschaftlichen und ökologischen Erfolg des Umbaus des Energiesystems.

Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass ein Land wie Österreich, das bereits heute und angesichts der realisierbaren Potentiale auch in Zukunft ein technologischer Vorreiter, eines auf erneuerbaren Energien basierenden Energie- und Industriesystemes in Europa sein kann, besonderes Augenmerk auf die Regelungen des

¹ 8697/1/17 REV 1

Clean Energy Packages legen muss. Sofern Österreich ebenso wie die europäischer Kommission und das europäische Parlament nicht nur einen auf erneuerbaren Energien aufbauenden Energiemarkt, sondern auch die Technologieführerschaft auf diesem Sektor anstrebt, kann sich Österreich nur für eine ambitionierte und nachhaltige Energiepolitik in Europa einsetzen und hier Vorreiter sein. Die bisherigen Vorschläge der Kommission gehen, auch um blockierenden Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen, bisher nicht weit genug und sind auch im Kontext der vorliegenden Studien inkonsistent, betreffend der Umsetzung des „Level Playing Fields“ für erneuerbare Energien im Zeitraum 2020 bis 2030. Insofern ist es aus österreichischer Sicht notwendig, die bereits erzielten Fortschritte sicherzustellen, um auch die weitere Entwicklung nicht zu gefährden. Die politischen Unsicherheiten hinsichtlich erneuerbarer Energien in ganz Europa wirken sich nicht nur nachhaltig negativ für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien aus, sondern auch negativ für den bisherigen Erfolg des Industriestandortes. Ein kritisches Element dabei ist die Aufgabe sämtlicher Schutzmechanismen für erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Risikohöherung auf den Energiemärkten. Die damit einhergehenden Risikokosten und der damit Investitionsstau können die Entwicklung Österreichs und Europas auf diesem Markt nachhaltig zerstören. Als Hochtechnologieland mit hohen Lohnkosten kann Österreich hier derzeit mit Innovationskraft den Heimmarkt nutzen. Eine nachteilige Entwicklung in der Periode 2020 bis 2030 kostet insbesondere in der Phase des Siegeszug der erneuerbaren Energien in allen Bereichen (Energieeffizienz, Elektromobilität, Erzeugung) langfristig den Vorrang kosten. Mangelnde Ambition und steigendes Risiko wird darüber hinaus nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung sondern auch die Möglichkeit der Zielerreichung im Rahmen des ratifizierten Pariser Klimaabkommens reduzieren und deren Kosten maximieren während dessen Nutzen minimiert wird.

Details

Vorliegender Vorschlag	Änderungsvorschläge
(7) It is thus appropriate to establish a Union binding target of at least 27% share of renewable energy. Member States should define their contribution to the achievement of this target as part of their Integrated National Energy and Climate Plans through the governance process set out in Regulation [Governance].	(7) It is thus appropriate to establish a Union binding target of at least 45% share of renewable energy. Member States should define their contribution to the achievement of this target as part of their Integrated National Energy and Climate Plans through the governance process set out in Regulation [Governance].
(10) Member States should take additional measures in the event that the share of renewables at the Union level does not meet the Union trajectory towards the at least 27% renewable energy target. As set out in Regulation [Governance], if an ambition gap is identified by the Commission during the assessment of the Integrated National Energy and Climate Plans, the Commission may take measures at Union level in order to ensure the achievement of the target. If a delivery gap is identified by the Commission during the assessment of the Integrated National Energy and Climate Progress Reports, Member States should apply the measures set out in Regulation [Governance], which are giving them enough flexibility to choose.	(10) Member States should take additional measures in the event that the share of renewables at the Union level does not meet the Union trajectory towards the at least 45% renewable energy target. As set out in Regulation [Governance], if an ambition gap is identified by the Commission during the assessment of the Integrated National Energy and Climate Plans, the Commission may take measures at Union level in order to ensure the achievement of the target. If a delivery gap is identified by the Commission during the assessment of the Integrated National Energy and Climate Progress Reports, Member States should apply the measures set out in Regulation [Governance], which are giving them enough flexibility to choose. If the Integrated National Energy and Climate Progress Reports or the respective Governance Guideline deviate foreseeable the European Commission is also responsible for taking measures at Union level in order to ensure the achievement of the target.

<p>Begründung: Das Ziel von 27% erneuerbare Energien wurde bereits 2014 von der Europäischen Kommission verabschiedet und schon damals vom Europäischen Parlament als zu niedrig eingeschätzt. Angesichts der rasanten Entwicklung erneuerbarer Energien, als auch des entsprechenden technologischen Umfelds und des Weltmarkts, aber vor allem auch des seit 2016 ratifizierten Pariser-Klimaabkommen ist ein höheres Ziel nicht nur angemessen, sondern notwendig.</p> <p>Darüber hinaus ist sicher zu stellen, dass bei einer absehbaren Zielverfehlung im Rahmen der Governance Richtlinie die im engen Bezug zur RED II steht nicht zu einem vollständigen Ausbleiben oder stark verspäteten Ausbau erneuerbarer Energien kommt. Aufgrund der engen Abstimmung der energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Stellschrauben im Clean Energy Package besteht hier ein Risiko eines deutlichen Versagens der Zielerreichung bis 2030 wenn einzelne Komponenten nicht greifen. Insofern sollten sich in der RED II hier Bezüge zu möglichst konkreten Gegenmaßnahmen finden. Ohne konkretere und verbindlichere Formulierungen ist davon auszugehen, dass die notwendigen Investitionen nicht im notwendigen Ausmaß getätigt werden und insofern die Anstrengungen der Politik ins Leere gehen.</p>	
<p>(15) Support schemes for electricity generated from renewable sources have proved to be an effective way of fostering deployment of renewable electricity. If and when Member States decide to implement support schemes, such support should be provided in a form that is as non-distortive as possible for the functioning of electricity markets. To this end, an increasing number of Member States allocate support in a form where support is granted in addition to market revenues and introduce market-based systems to determine the necessary level of support. Together with steps to make the market fit for rising shares of renewables this is a key element of increasing the market integration of renewables.</p>	<p>(15) Support schemes for electricity generated from renewable sources have proved to be an effective way of fostering deployment of renewable electricity. If and when Member States decide to implement support schemes, such support should be provided in a form that is as non-distortive as possible for the functioning of electricity markets. To this end, an increasing number of Member States allocate support in a form where support is granted in addition to market revenues and introduce market-based systems to determine the necessary level of support. Together with steps to make the market fit for rising shares of renewables this is a key element of increasing the market integration of renewables. Above all support schemes have to ensure that the production system they incentivise are sustainable and allow a long lasting and secure energy supply based on a healthy market diversity.</p>
<p>Begründung: Im aktuellen Marktgefüge ohne ausreichendes CO2 Preissignal, aber auch erheblichen Verwerfungen durch vergangene und aufrechte Subventionen für fossile und/oder nukleare Energie sind Ausgleichszahlungen für erneuerbare Energien weiterhin notwendig. Eine wesentliche Aufgabe von Fördersystemen ist jedoch den Umbau so effektiv und effizient wie möglich zu gestalten. Das impliziert neben dem Aufbau der notwendigen Kapazitäten auch den nachhaltigen Betrieb dieser Anlagen, wie auch ein möglichst hohes Level an liberalisiertem Markt in der langen Frist. Insofern ist die Aufgabe von Fördersystemen wesentlich komplexer als eine simple Kostenreduktion, die vor allem auch durch begleitende Maßnahmen erreicht wird.</p>	
<p>(16) Electricity generation from renewable sources should be deployed at the lowest possible cost for consumers and taxpayers. When designing support schemes and when allocating support, Member States should seek to minimise the overall system cost of deployment along the decarbonisation pathway towards the low-carbon economy objective for the year 2050. Market-based mechanisms, such as competitive bidding have proven to effectively reduce support cost in competitive markets. While Member States develop their support schemes they should consider various outcomes that market-based mechanisms may have on policies outside the electricity sector and may consider limiting bidding processes to specific technologies may be justified where there is a need to take [] full account of grid and system integration and development needs, the resulting energy mix, and the long term potential of technologies.</p>	<p>(16) Electricity generation from renewable sources should be deployed at the lowest possible cost for consumers and taxpayers. When designing support schemes and when allocating support, Member States should seek to minimise the overall system cost of deployment along the decarbonisation pathway towards the low-carbon economy objective for the year 2050. Market-based mechanisms, such as competitive bidding have proven to effectively reduce support cost in competitive markets. While Member States develop their support schemes they should consider various outcomes that market-based mechanisms may have on policies outside the electricity sector and may consider limiting bidding processes to specific technologies may be justified where there is a need to take [] full account of grid and system integration and development needs, the resulting energy mix, and the long term potential of technologies.</p>

<p>Begründung: Mit Verweis auf die Anmerkungen zu Absatz 15 sollte berücksichtigt werden, dass die Aufgabe von Fördermechanismen breiter angelegt ist als eine simple Kostenreduktion, wie sie derzeit dargestellt ist. Bisher gibt es keine Evidenz für tatsächliche langfristige Kostenreduktionen im Vergleich zu anderen Vergabemechanismen. Ohne Evaluierung der Realisierung unter den angenommenen Parametern gibt es insbesondere bei der Windenergie KEINE erfolversprechenden Ergebnisse auf die in einer Richtlinie für die Periode 2020 bis 2030 in dieser Form verbindlich abstellbar ist. Auch bei anderen Technologien (etwa PV) fehlen hier derzeit sowohl Evidenz (Realisierung der Kapazitäten zum angegebenen Preis, Vergleich mit anderen Maßnahmen zur Kostenreduktion), als auch Evaluierung der Begleitumstände (billigere Finanzierungsmöglichkeiten, Genehmigungsvereinfachungen,...). Insofern ist ein Abstellen auf wenig gesicherte Aussagen in einer EU Richtlinie zu hinterfragen.</p>	
<p>Article 4 Financial support for electricity from renewable sources</p> <p>2. Support for electricity from renewable sources shall be designed so as to integrate electricity from renewable sources in the electricity market and ensure that renewable energy producers are responding to market price signals and maximise their market revenues. Member States may consider, in accordance with [Electricity Directive] and [Electricity Regulation], developing specific conditions for supporting small-scale installations and demonstration projects.</p> <p>3bis. Member States may consider limiting competition between technologies on the basis of one or several of the following objectives, where such objectives cannot be addressed in the design of the support: grid and system development objectives, the longer term potential of a particular technology, the objective to diversify the energy mix, the objective to avoid distortions on the raw material markets; and system integration costs.</p>	<p>2. Support for electricity from renewable sources shall be designed so as to integrate electricity from renewable sources in the electricity market and ensure that renewable energy producers are responding to market price signals and maximise their market revenues. Member States may consider, in accordance with [Electricity Directive] and [Electricity Regulation], developing specific conditions for supporting small-scale installations and demonstration projects.</p> <p>3bis. Member States may consider limiting competition between technologies on the basis of one or several of the following objectives, where such objectives cannot be addressed in the design of the support: grid and system development objectives, the longer term potential of a particular technology, the objective to diversify the energy mix, the objective to avoid distortions on the raw material markets; and system integration costs and to ensure a sustainably organised field of diverse actors to maintain competition on the energy market</p>
<p>Begründung: In der Elektrizitätsbinnenmarktverordnung und -richtlinie sind Ausnahmen für kleine Erneuerbare-Energien-Anlagen und Demonstrationsvorhaben vorgesehen. Die Grenzwerte für dieses Anlagen sind aber zum derzeitigen Stand so gering gewählt, dass kaum Anlagen erfasst sind. In Anlehnung an unsere Stellungnahme vom 9. Oktober zur Elektrizitätsbinnenmarktverordnung und -richtlinie regen wir an, dass die Grenzwerte angepasst und erhöht werden. Insbesondere muss auch auf länderspezifische Marktcharakteristika und Bürgeranliegen Rücksicht genommen werden.</p> <p>Analog zu den in den Leitlinien für staatliche Umweltbeihilfen niedergeschriebenen Ausnahmeregelungen für Fördermechanismen ist es konsistent, auch hier sicher zu stellen, dass Fördermechanismen weder zu Kollusion noch zu ähnlichen Einschränkungen in der langfristigen Marktstruktur führen.</p>	
<p>Article 5 Opening of support schemes for renewable electricity</p> <p>1. Member States shall open support for electricity generated from renewable sources to generators located in other Member States under the conditions laid down in this Article.</p> <p>2. Member States shall ensure that support for [] a share of the newly-supported capacity in each year between 2021 and 2025 and at least [15%] of the</p>	<p>Article 5 Opening of support schemes for renewable electricity</p> <p>1. Member States may open support for electricity generated from renewable sources to generators located in other Member States under the conditions laid down in this Article.</p> <p>2. Subject to the application of paragraph 1, Member States could opt to ensure that support for [] a share of the newly-supported capacity in each year between 2021 and 2025 and</p>

<p>newly supported capacity in each year between 2026 and 2030 is open to installations located in other Member States. This share shall be, in each year, at least 5% between 2021 and 2025 and at least 10% between 2026 and 2030. However, if the percentage level of electricity interconnectivity of a Member State in any given year is lower than these percentages, then the minimum share of newly-supported capacity open to installations located in other Member States shall be at least equal to that percentage level of electricity interconnectivity.</p>	<p>at least [15%] of the newly supported capacity in each year between 2026 and 2030 is open to installations located in other Member States. This share shall be, in each year, at least 5% between 2021 and 2025 and at least 10% between 2026 and 2030. However, if the percentage level of electricity interconnectivity of a Member State in any given year is lower than these percentages, then the minimum share of newly-supported capacity open to installations located in other Member States shall be at least equal to that percentage level of electricity interconnectivity.</p>
<p>Begründung: Eine erzwungene Öffnung von Fördersystemen im Sinne einer möglichst effektiven und effizienten Zielerreichung, aber auch einer effektiven und nachhaltigen nationalen Energiepolitik wird als kritisch gesehen. Die Vergabe öffentlicher Mittel bzw. der Mittel von Endkonsumenten kann sich verständlicherweise kritisch auf die öffentliche Akzeptanz auswirken. Derzeit ist darüber hinaus unklar, welche Rahmenbedingungen den Ausbau und die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten im Kontext grenzüberschreitender Mittelvergabe wesentlich beeinflusst. Hier fehlen noch wesentliche Informationen, wie mit Unterschieden etwa in der Belastung mit Netzentgelten (Systemdienstleistungsentgelte) umgegangen werden sollte, die heimische Erzeugung wesentlich negativ beeinträchtigen.</p>	
<p>Article 16 Organisation and duration of the permit granting process 5. Member States shall facilitate the repowering of existing renewable energy plants by, inter alia, ensuring a simplified and swift permit granting process, with timeframes that should be significantly shorter than three years. []</p>	
<p>Begründung: Wir befürworten die Einführung dieser Vorschrift, da insbesondere die Erneuerung von Anlagen zu einer Effizienzsteigerung dieser führt.</p>	
<p>Article 17 Simple notification procedures 1. [] Member States shall establish a simple notification procedure whereby installations or aggregated production units of renewable self-consumers and demonstration projects with an electrical capacity of equal or less than [50] 10.8 kW shall be [allowed to] connected to the grid following a notification to the distribution system operator, unless the technical requirements of the grid are not met.</p>	<p>Article 17 Simple notification procedures 1. [] Member States shall establish a simple notification procedure whereby installations or aggregated production units of renewable self-consumers and demonstration projects with an electrical capacity of equal or less than 50 10.8 kW shall be allowed to connected to the grid following a notification to the distribution system operator, unless the technical requirements of the grid are not met.</p>
<p>Begründung: Die Begrenzung auf 10,8kW scheint willkürlich und nicht begründbar. Darüber hinaus ist die Kompatibilität hinsichtlich der technischen Anforderungen ohnehin bereits in den jeweiligen Anschlussbedingungen vorgesehen und insofern nicht notwendigerweise nochmals hier zu vermerken.</p>	
<p>Article 19 Guarantees of origin of electricity, heating and cooling produced from renewable energy sources</p> <p>2. (...) Member States shall ensure that the same unit of energy from renewable sources is taken into account only once. Member States may provide shall ensure that no support be granted guarantees of origin are issued</p>	<p>Article 19 Guarantees of origin of electricity, heating and cooling produced from renewable energy sources</p> <p>2. (...) Member States shall ensure that in the case of new renewable energy installations no guarantees of origin are issued to a producer that receives financial support from a support scheme for the same production of energy from renewable sources, unless double compensation is avoided.</p>

<p>to a producer when that producer receives financial support from a support scheme a guarantee of origin for the same production of energy from renewable sources.</p> <p>Member States shall issue such guarantees of origin and transfer them to the market by auctioning them. The revenues raised as a result of the auctioning shall be used to offset the costs of renewables support.</p>	
<p>Begründung: Die „Guarantees of Origin“ sollten von der jeweiligen vermarktenden Entität als Zusatzlösmöglichkeit verwendet werden können und durch Subtraktion von den Fördermitteln den Förderbedarf senken. Nur durch aktive und transparente Vermarktung kann ein eventueller Mehrwert einer „grünen“ MWh über Ökostromprodukte im Vergleich zur Löschung der erzeugten Menge oder der pauschalen Versteigerung erreicht werden. Die aktuell vorgeschlagene Regelung erscheint als wenig zielführend da eine pauschale Auktion bzw. ein pauschaler Verkauf am GoO Markt geringere Preise bewirken würde.</p>	
<p>Article 19</p> <p>8. ... [Member States shall ensure that transmission losses are fully taken into account when guarantees of origin are used to demonstrate consumption of renewable energy or electricity from high efficiency cogeneration.]</p>	
<p>Begründung: Wir befürworten die Streichung dieser Passage. Das Einbeziehen von Netzverlusten würde einen erheblichen Mehraufwand mit sich bringen der auf Grund des relativ geringen Anteils der Verluste an der Erzeugung in keiner Relation zu den möglichen Erlösen steht.</p>	
<p>Article 20</p> <p>91. Where relevant, Member States shall assess the need to extend existing gas network infrastructure to facilitate the integration of gas from renewable energy sources.</p> <p>102. Where relevant, Member States shall require transmission system operators and distribution system operators in their territory to publish technical rules in line with Article 6 of Directive 2003/55/EC of the European Parliament and of the Council of 26 June 2003 concerning the common rules for the internal market in natural gas, in particular regarding network connection rules that include gas quality, gas odorization and gas pressure requirements. Member States shall also require transmission and distribution system operators to publish the connection tariffs to connect renewable gas sources based on transparent and non-discriminatory criteria.</p> <p>443 Member States in their national renewable energy action plans shall assess the necessity to build new infrastructure for district heating and cooling produced from renewable energy sources in order to achieve the 2020 national target referred to in Article 3(1). Subject to that their assessment included in the integrated national energy and climate plans in accordance with Annex I of Regulation [Governance], on the necessity to build new infrastructure for district heating and cooling produced from renewable energy sources in order to achieve the Union target referred to in Article 3(1) of this Directive, Member States shall, where relevant, take</p>	<p>Article 20 (Ergänzung)</p> <p>4. Member States shall take the appropriate steps to develop transmission and distribution grid infrastructure, intelligent networks, storage facilities and the electricity system, in order to allow the secure operation of the electricity system as it accommodates the further development of electricity production from renewable energy sources, including interconnection between Member States and between Member States and third countries. Member States shall also take appropriate steps to accelerate authorisation procedures for grid infrastructure and to coordinate approval of grid infrastructure with administrative and planning procedures.</p> <p>5. Subject to requirements relating to the maintenance of the reliability and safety of the grid, based on transparent and nondiscriminatory criteria defined by the competent national authorities:</p> <p>(a) Member States shall ensure that transmission system operators and distribution system operators in their territory guarantee the transmission and distribution of electricity produced from renewable energy sources;</p> <p>(b) Member States shall also provide for either priority access or guaranteed access to the grid-system of electricity produced from renewable energy sources;</p> <p>(c) Member States shall ensure that when dispatching electricity generating installations, transmission system operators shall give priority to generating installations</p>

steps with a view to developing a district heating infrastructure to accommodate the development of heating and cooling production from large biomass, solar and ~~geothermal~~ **ambient energy facilities and waste heat or cold.**

using renewable energy sources in so far as the secure operation of the national electricity system permits and based on transparent and non-discriminatory criteria. Member States shall ensure that appropriate grid and market-related operational measures are taken in order to minimise the curtailment of electricity produced from renewable energy sources. If significant measures are taken to curtail the renewable energy sources in order to guarantee the security of the national electricity system and security of energy supply, Member States shall ensure that the responsible system operators report to the competent regulatory authority on those measures and indicate which corrective measures they intend to take in order to prevent inappropriate curtailments.

6. Member States shall require transmission system operators and distribution system operators to set up and make public their standard rules relating to the bearing and sharing of costs of technical adaptations, such as grid connections and grid reinforcements, improved operation of the grid and rules on the nondiscriminatory implementation of the grid codes, which are necessary in order to integrate new producers feeding electricity produced from renewable energy sources into the interconnected grid.

Those rules shall be based on objective, transparent and nondiscriminatory criteria taking particular account of all the costs and benefits associated with the connection of those producers to the grid and of the particular circumstances of producers located in peripheral regions and in regions of low population density. Those rules may provide for different types of connection.

7. Where appropriate, Member States may require transmission system operators and distribution system operators to bear, in full or in part, the costs referred to in paragraph 3. Member States shall review and take the necessary measures to improve the frameworks and rules for the bearing and sharing of costs to ensure the integration of new producers as referred to in that paragraph.

8. Member States shall require transmission system operators and distribution system operators to provide any new producer of energy from renewable sources wishing to be connected to the system with the comprehensive and necessary information required, including:

- (a) a comprehensive and detailed estimate of the costs associated with the connection;
- (b) a reasonable and precise timetable for receiving and processing the request for grid connection;
- (c) a reasonable indicative timetable for any proposed grid connection.

9. The sharing of costs referred in paragraph 3 shall be enforced by a mechanism based on objective, transparent and non-discriminatory criteria taking into account the benefits which initially and subsequently connected producers as well as transmission system operators and distribution system operators derive from the connections.

10. Member States shall ensure that the charging of transmission and distribution tariffs does not discriminate against electricity from renewable energy sources, including in particular electricity from renewable energy sources produced in peripheral regions, such as island regions, and in regions of low population density. Member States shall ensure that the charging of transmission and distribution tariffs does not discriminate against gas from renewable energy sources.

11. Member States shall ensure that tariffs charged by transmission system operators and distribution system operators for the transmission and distribution of electricity from plants using renewable energy sources reflect realisable cost benefits resulting from the plant's connection to the network. Such cost benefits could arise from the direct use of the low-voltage grid.

Begründung: In der derzeitigen Fassung des Vorschlags zur Erneuerbaren Energien Richtlinie finden sich, anders als die Kommission anstrebt, nur wenige Verbesserungen die notwendige Transparenz der Marktteilnehmer zum Anschluss an das Stromnetz. Die Kosten des Netzanschlusses, laufende wie auch unmittelbar durch den Anschluss aufkommende, sind in einigen Ländern wie etwa Österreich erheblich und können den Anschluss neuer Anlagen bzw. die Realisierung von genehmigten oder in Genehmigung befindlicher Projekte verhindern. Um über ein Grundmaß an Investitionssicherheit zu verfügen ist es sinnvoll hier entsprechend ausdrücklich auf Transparenz und Anforderungen an die im staatlichen Auftrag handelnden Netzbetreiber hinzuweisen. Hierauf ist vor allem im europäischen Kontext zu achten, da verfügbare Netzkapazitäten in vielen Ländern einen Engpass darstellen können, der die kosteneffiziente und nachhaltige Umsetzung von erneuerbaren Energien verhindert.

Eine ausdrückliche Klarstellung, dass eine nachrangige Behandlung von erneuerbaren Energien im Netztransfer eine transparente und nachvollziehbare Begründung finden muss entspricht ebenso diesem Grundsatz und ist in Bezug auf die notwendige Investitionssicherheit und einen grundlegenden Vertrauensschutz notwendig. Auch hier sei auf laufende rechtliche Verfahren in mehreren europäischen Ländern hingewiesen die zeigen, dass die entsprechenden Anforderungen auf absehbare Zeit noch nicht aus sich selbst heraus bestehen sondern weiterhin durch klare und transparente regulatorische Vorgaben geschaffen werden müssen.

Darüber hinaus ist auf die Relevanz des Einspeisevorrangs an in einem verzerrten Marktumfeld hinzuweisen. Ohne diesen Vorrang stellen erneuerbare Energien gegenüber fossilen oder nuklearen Kraftwerken die mitunter billigste Lösung zur Deaktivierung dar. Obwohl diese Fälle in begründeten Situationen durch die Netzsicherheit auftreten können stellt sich in einem asymmetrischen Marktumfeld das auch, zumindest zu Beginn der 2020er Jahre, absehbar erneuerbare Energien eher benachteiligt ein Problem für den Umbau des Energiesystems dar. Ohne entsprechende Transparenzbedingungen und klare Vorgaben werden sowohl Investitionssicherheit als auch kostengünstige Finanzierung relevant negativ beeinträchtigt. Gleichzeitig ist für den österreichischen Kraftwerkspark absehbar, dass dieser, da er zum Großteil auf erneuerbaren Energien basiert, aufgrund internationaler Lastflüsse Einschränkungen ausgesetzt werden sein kann die durch fossile oder nukleare Energien bedingt sind. Dies trifft vor allem auf nukleare Großkraftwerke im österreichischen Umland zu die in diesen Fällen bevorzugt würden (etwa durch nationale Subventionen).

<p>Article 22 Renewable energy communities</p> <p>1. Member States shall ensure that renewable energy communities are entitled to generate, consume, store and sell renewable energy, including through power purchase agreements, without being subject to disproportionate procedures and charges that are not cost reflective.</p>	<p>Wiederaufnahme der gelöschten Passage</p>
<p>Begründung: Diese Präambel ermöglicht ein gemeinsames Verständnis und eine grundlegende Sicherheit für eher kleinstrukturierte Organisationen die im komplexen Energiemarkt Angebote schaffen wollen. Die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen obliegt ohnehin den Mitgliedsstaaten, jedoch ist eine Klarstellung, dass „Renewable Energy Communities“ ermöglicht und keinen überproportionalen Aufwänden als Eintrittsbarrieren ausgesetzt werden dürfen, sinnvoll.</p> <p>Die neu hinzu gefügten Klarstellungen zu Artikel 22 Abs. 1 a) ff finden unsere Zustimmung.</p>	

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass folgende Punkte – ergänzend zu unserer ursprünglichen Stellungnahme vom 7. Februar 2017 bei der Neugestaltung der Erneuerbaren Richtlinie im Kontext des Winterpakets entscheidend sind:

- Beibehaltung des Vorranges erneuerbarer Energieerzeugung sowie allgemeine Verbesserung der Transparenz der Marktteilnehmer zum Anschluss an das Stromnetz.
- Höheres Gesamtziel für erneuerbare Energien in der EU in Höhe von mindestens 45 % bis 2030.
- Verstärktes Unterstützen kleinstrukturierter Unternehmer und Gemeinschaften um diesen den Eintritt in den Markt zu erleichtern.
- Schaffung von transparenten und effektiven Vermarktungsmöglichkeiten von „Guarantees of Origin“.
- Nutzung bewährter und erprobter Instrumente zur Förderung erneuerbarer Energien.
- Möglichkeit zur Zusammenarbeit bei der Förderung erneuerbarer Energien, aber keine Verpflichtung zur EU-weiten Öffnung der Förderinstrumente.